

Michael Winkler  
 Chefredaktor Liewo  
 mwinkler@medienhaus.li



Editorial

## Ein weiteres Kässile schaffen?

**D**en grossen Wurf hat sie nicht gebracht, die neue Studie der Stiftung **Zukunft.li**. Dass bei der Finanzierung von Altersvorsorge und -pflege Handlungsbedarf besteht, ist schon länger klar. Die Stiftung nimmt die Idee von Avenir Suisse wieder auf, wonach ein individuelles, verpflichtendes und vererbbares Pflegekapital eingeführt werden soll. Ab einem gewissen Alter zahlt man monatlich in einen Topf ein, aus dem die Kosten für die Altersbetreuung und -pflege gespiesen werden. Ist dieser Topf dann leer, sollen die staatlichen Leistung greifen. Stirbt man und ist diese Kasse noch voll, wird sie vererbt.

**Das aktuelle System bietet** «im Einzelfall keine Anreize, während des Erwerbslebens und auch danach dafür vorzusorgen». Es wird moniert, dass die Sparer, die vorgesorgt haben, bestraft und jene, die nicht vorsorgten, mit Steuer- und Prämienfranken belohnt werden. Das ist das Problem an den ganzen Solidarkassen – auch bei der Krankenkasse kommen 70 Prozent gesunde Prämienzahler für die kranken 30 Prozent auf. Und auch bei der Krankenkasse steigen die Prämien (für alle!) kontinuierlich an.

**Der Vorschlag würde die Leute zum Sparen verpflichten** – ein Anreiz sieht anders aus. Es würde eine weitere bürokratische Institution, die auch Verwaltungskosten verursacht, geschaffen. Einmal mehr würde den Menschen durch eine Beitragspflicht das eigenständige Denken abgenommen. Da darf man sich schon fragen, wie viel sogenannte Eigenverantwortung noch übrig bleibt.

«**Es kann nicht von einem gerechten System gesprochen werden**, wenn jemand sein allenfalls vorhandenes Vermögen durch hohen Konsum aufgebraucht hat und im Pflegefall unterstützt werden muss, während eine andere Person fürs Alter gespart hat und keine Steuermittel beansprucht», heisst es in der Studie. Übrigens: In dieser Aussage werden alle, die sich keine ordentliche Altersvorsorge leisten können, und jene, die sich keine leisten wollen, in einen Topf geworfen. Ist das gerecht? Es ist auch nicht gerecht, dass Krankenschwestern und Krankenpfleger, die täglich Verantwortung für Menschenleben tragen, viel weniger Geld verdienen als Investmentbanker, die ihre Risiken jederzeit auf andere abwälzen können. Der Investmentbanker wird sich aber leichtertun, seine «Pflichtsparübung» zu absolvieren als die Krankenschwester. Die Welt ist eben nicht gerecht. Im Idealfall helfen sich aber die Menschen untereinander, um solche Probleme ein wenig abzufedern.

**Die vermeintliche Gerechtigkeit** sieht bei allen ein wenig anders aus. Und wie heisst es so schön: «Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.»

Umbau nach Ihren Wünschen

**HOLZBAU**  
**ALPIGER AG**

Tel. 081 757 11 44 :: 9466 Sennwald  
[www.alpiger-holzbau.ch](http://www.alpiger-holzbau.ch)

jetzt tippen!

**regiotipp**

[www.regiotipp.net](http://www.regiotipp.net)

**Haben Sie die Liewo nicht erhalten?** Rufen Sie unsere Hotline 077 400 08 11 sonntags von 9-11 Uhr an. Zustellung erfolgt umgehend. LIEWO Sonntagszeitung, Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 96, Fax +423 236 16 17, [www.liewo.li](http://www.liewo.li) **Inserate** [marketing@liewo.li](mailto:marketing@liewo.li) **Kleinanzeigen** [inserate@liewo.li](mailto:inserate@liewo.li) **Verlag** Vaduzer Medienhaus AG **Chefredaktor** Michael Winkler **Geschäftsführer** Daniel Bargetze **Druckerei** Samedia Partner AG, 9469 Haag **Verbreitete Auflage** 45'810, in alle Haushalte in Liechtenstein und Bezirk Werdenberg sowie in den Ortschaften Sargans, Mels, Rüthi und Oberriet. (Wemf)

# Zukunft.li schlägt «vererbbares Pflegekapital» vor

Durch ein verpflichtendes Sparen ab 45 oder 50 Jahren bis zum Eintritt des Betreuungs- oder Pflegefalls würde damit **jeder Einwohner über ein eigenes Pflegekapital** verfügen. Diesen Vorschlag hat auch die Schweizer Denkfabrik Avenir Suisse für die Eidgenossenschaft eingebracht.

Die Stiftung Zukunft.li veröffentlichte am Freitag eine Publikation zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Finanzierung der Kosten für die Pflege und Betreuung von alten Menschen. Zur Entlastung zukünftiger Steuerzahler und der Krankenkassenprämien stellt Zukunft.li die Einführung eines «vererbbares Pflegekapitals» zur Diskussion.

Der Anteil der hochaltrigen Menschen an der Bevölkerung steigt stetig an. Vor allem aber werden die grossen Babyboomer-Jahrgänge der 1960er in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Veränderung in der Altersstruktur führen.

## Verdoppelung der Anzahl Menschen 80+ bis 2030

Liechtenstein befindet sich in Bezug auf die demografische Entwicklung in einer vergleichbaren Situation wie seine Nachbarstaaten. Langfristig gehen die Szenarien aber von vergleichbaren Bevölkerungsanteilen der über 80-Jährigen aus. Gemäss dem Bevölkerungsszenario «Trend» des Amtes für Statistik wird sich der Anteil der Personen im Alter 80+ von heute 3,5 Prozent bis 2030 verdoppeln und sich bis 2050 auf annähernd 12 Prozent vervierfachen.

## Komplexe Finanzierungsstruktur

Neben der Pflege durch die Familie erfolgt die Betreuung und Pflege heute hauptsächlich durch den stationären Aufenthalt in Pflegeheimen, ambulant durch Familienhilfeorganisationen und zunehmend mittels einer 24-Stunden-Betreuung durch ausländische Betreuer. Die Betreuungs- und Pflegekosten für Menschen ab 65 Jahren beliefen sich 2015 auf rund 43 Mio. Franken pro Jahr. Über 62 Prozent der Kosten trägt die öffentliche Hand mit direkten Beiträgen an die Leistungserbringer und indirekt durch Transferzahlungen an die Leistungsemp-



Foto: iStock

fänger. Die Krankenkassen und damit die Prämienzahler übernehmen rund 17 Prozent, die Klienten einen Finanzierungsanteil von 21 Prozent.

Verschiedene Transferzahlungen des Staates verfolgen mit der Unterstützung von betreuungs- oder pflegebedürftigen Menschen das gleiche Ziel, werden aber von unterschiedlichen Organisationen nach verschiedenen Regeln ausgerichtet. Durch die inhaltliche und organisatorische Koordination könnte die Ausrichtung staatlicher Leistungen effizienter und zielgerichteter erfolgen.

## Kosten steigen stetig

Alleine durch die Zunahme der Anzahl Menschen in hohem Alter werden die Kosten mit den heutigen Strukturen bis 2030 um durchschnittlich 4,8 Prozent pro Jahr ansteigen. Wird zusätzlich nur eine 1-prozentige Steigerung der Kosten pro Jahr unterstellt, ist bis 2030 bereits mit einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich 5,8 Prozent zu rechnen. Um in diesem Fall den zusätzlichen Kostenanteil der öffentlichen Hand finanzieren zu können, müsste die Mehrwertsteuer um 3 Prozent angehoben oder die Vermögens- und Erwerbssteuer um 40 Prozent erhöht werden.

Die öffentliche Hand unterstützt heute ambulante Pflege und Betreuung der Familienhilfeorganisationen durch finanzielle Beiträge. «Allerdings verhindert diese Subventionierung weitgehend, dass private Organisationen oder selbstständige Privatpersonen mit konkurrenzfähigen Preisen auf dem Markt auftreten können», schreibt Zukunft.li. Die Möglichkeiten zur optimalen Ausschöpfung der personellen Ressourcen sollten aufgrund der Empfehlung aber nicht beschränkt, sondern vielmehr breit genutzt werden. Zukunft.li empfiehlt deshalb eine transparente Abgeltung der Versorgungspflicht an die entsprechenden Organisationen und damit die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen.

## Sparanreize schaffen

Das heutige System bietet wegen der hohen direkten und indirekten Subventionierung durch die öffentliche Hand kaum Anreize, für Betreuung und Pflege im Alter vorzusorgen. Hier setzt der Vorschlag eines individuellen Pflegekapitals an. Zukunft.li greift damit einen Vorschlag der Schweizer Denkfabrik Avenir Suisse auf. Durch das verpflichtende Sparen ab einem bestimmten Lebensjahr (z. B. ab 45 oder 50 Jahren) bis

zum Eintritt des Betreuungs- oder Pflegefalls wird mit einer monatlichen Prämie ein individuelles Pflegekapital angespart. Die dann anfallenden Kosten werden mit dem Pflegekapital finanziert. Ist dieses aufgebraucht und stehen für die weitere Finanzierung keine eigenen Einkommen oder Vermögenswerte zur Verfügung, kommen öffentliche Unterstützungsleistungen zum Einsatz. Dasselbe gilt für Personen, die finanziell nicht in der Lage sind, ein Pflegekapital aus ihren Einkommen aufzubauen. Ist das gesamte oder ein Teil des Pflegekapitals bei Ableben der Person noch vorhanden, wird es vererbt. Es bestehen also keine Solidaritäten im System – weder von Jung zu Alt noch von nicht Pflegebedürftigen zu Pflegebedürftigen. Diese Vorgehensweise bietet neben anderen Faktoren auch einen finanziellen Anreiz für Angehörige, nach Möglichkeit eigene Betreuungsleistungen zu erbringen.

Die öffentliche Hand wie auch die Krankenkassen werden auch mit diesem System weiterhin Finanzierungsbeiträge leisten müssen. Allerdings stärkt jeder so zweckgebunden eingesetzte Franken die Eigenverantwortung der Einzelnen und entlastet zukünftige Generationen zumindest teilweise.

## Rasches Handeln ist gefragt

Das skizzierte System benötigt eine lange Anlaufzeit. Wenn die Politik die Empfehlungen von Zukunft.li aufnimmt, sollte der politische Prozess angesichts der grossen 1960er-Jahrgänge zügig angegangen werden. Neben den Kriterien für die Befreiung von der Sparpflicht sind diverse weitere Regelungen zu treffen. In jedem Fall ist die Politik gefordert, die Frage zu beantworten, wie die Finanzierung von Betreuungs- und Pflegekosten in den nächsten 30 Jahren erfolgen soll. **pd**

**Details zur Studie:**

[www.stiftungzukunft.li](http://www.stiftungzukunft.li)





Foto: Daniel Schwendener

Johannes Kaiser (li.) und Alexander Batliner stehen für die Motion ein.

# FBP-Motion fordert Umfahrung

Mit einer Motion will die FBP-Fraktion das Projekt **Umfahrung «Zuschg – Zentrum Schaanwald»** aus der Regierungsschublade holen.

**D**ie Verlegung der Landstrasse unterhalb des Mehrzweckgebäudes Zuschg in Schaanwald war schon im Wahlkampf ein Steckenpferd von Johannes Kaiser und Alexander Batliner. Nun bringen sie das Anliegen der Gemeinde Mauren und der Bevölkerung des Ortsteils Schaanwald mit einer Motion in den Oktober-Landtag. Sieben Abgeordnete der FBP-Fraktion haben die Motion unterschrieben.

## «Keine Drängelei»

Mit der Motion wollen sie die Regierung dazu bewegen, dass sie dem Landtag einen Finanzbeschluss zur Verlegung der Vorarlbergerstrasse im Bereich «Zuschg – Zentrum Schaanwald» zur endgültigen Entscheidung vorlegt. «Das ist keine Drängelei. Das Projekt hat man auf die lange Bank geschoben und wir wollen es mit der Motion wieder aus den Regierungsschubladen holen», erklärte der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser gegenüber den Medien. Schon als die Stimmberechtigten im November 2007 den Kredit für das Mehrzweckgebäude über 9,7 Millionen Franken gesprochen hatten, war vorgesehen, dass in einer zweiten Etappe die Landstrasse verlegt wird. Damit hätte die Gemeinde Mauren die Möglichkeit, zwischen dem Mehrzweckgebäude und dem

Restaurant Alter Zoll einen Zentrumsplatz für Schaanwald zu realisieren.

Die Regierung hat 2010 diese Strassenverlegung auch in das Mehrjahresprogramm des Verkehrsinfrastrukturberichtes aufgenommen. Auch im Koalitionsvertrag 2013–17 zwischen der FBP und der VU fand das Projekt noch seinen Niederschlag. Im Zuge der Sanierung des Staatshaushaltes legte die Regierung 2013 die Verlegung der Strasse auf Eis, da sie «nicht zwingend notwendig» sei. Dies ist für die Motionäre mittlerweile kein Argument mehr. Der Staatshaushalt sei saniert und wenn man eine Langsamverkehrsbrücke zwischen Vaduz und Buchs bewillige, welche auch nicht zwingend notwendig sei, dann falle auch diese Argumentation weg.

## Etwa 5 bis 7 Millionen Franken

Für den stellvertretenden Abgeordneten Alexander Batliner ist das Projekt auch kein verkehrspolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Anliegen. «Schaanwald hat es auch verdient, ein Dorfzentrum zu erhalten, wo sich die Menschen treffen können», erklärte Batliner. Gemäss früheren Aussagen müsste für die Verlegung der Strasse mit Kosten zwischen 5 und 7 Millionen Franken gerechnet werden. **sap**



  
**Deine Frage?  
E-Mail genügt!**  
 redaktion@lievo.li



**Wendelin Lampert**  
Landtagsabgeordneter FBP

In der letzten Legislaturperiode hat die Politik versucht, sowohl die AHV als auch die Berufliche Personalvorsorge auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Bei der AHV wurde ein Interventionsmechanismus definiert, welcher die Politik zu weiteren Massnahmen zwingt, sobald gewisse Parameter erreicht werden. Bei der Beruflichen Personalvorsorge wurden ebenfalls Verbesserungen beschlossen,

## Die Fakten akzeptieren



wobei ich davon überzeugt bin, dass wir die Sparbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an das schweizerische Niveau angleichen werden müssen. Hier sollte die Politik nach der vermeintlichen «Sanierung» der Staatlichen Pensionskasse die Fakten akzeptieren, zumal wir uns in einem Umfeld mit Negativzinsen befinden und die Lebenserwartung steigt. Ein weiterer Bereich wird die Finanzierung der Pflege im Alter sein. Persönlich war ich in der Vergangenheit der Meinung, dass ein Teil aus der Pensionskasse als Rente bezogen werden hätte müssen, um somit die Pflege im Alter zu sichern. Nachdem die Umwandlungs- und Zinssätze sowie die Deckungsgrade der verschiedenen Pensionskassen im Land grosse Unterschiede aufweisen, scheint dies aus Sicht der Gleichbehandlung kein valabler Lösungsansatz mehr zu sein.



# Wie muss Liechtenstein seine Altersvorsorge reformieren?

Die Altersvorsorge beschert in den Industriestaaten Kopfzerbrechen. Es ist absehbar, dass die **bisherigen Systeme reformiert werden müssen**, um der demografischen Entwicklung gerecht zu werden. Aber wie?



**Peter Frick**  
Stv. Landtagsabgeordneter VU

Für die Reformierung der Altersvorsorge braucht es ein klares Bekenntnis von allen Parteien. Dass der Mensch immer älter wird, bedeutet, dass die Bereiche Alters- und Gesundheitsvorsorge wachsen und an Bedeutung zunehmen. Es besteht der Anspruch, ein gutes Leben zu führen, das von einer guten Alters- und Gesundheitsvorsorge begleitet wird. Eine gute Vorsorge sollte durchgängigen Charakter haben

und im Sinne einer Gleichstellung keine Nachteile für bestimmte Altersgruppen bergen. So kommen wir an den Punkt, an dem darüber diskutiert werden muss, was dies kostet und wie dies finanzierbar ist – denn ein wachsender Bedarf bedeutet natürlich auch wachsende Kosten. Ob eine zusätzliche Pflegeversicherung benötigt wird und ob die Kosten einkommens- und altersabhängig sein sollen, gilt es herauszufinden. Auch gilt es, darauf zu achten, dass Pflege in den eigenen vier Wänden durch Angehörige den gleichen Stellenwert erhält wie ausserhäusliche Pflege. Die Stiftung Zukunft.li hat erst vor wenigen Tagen aufgezeigt, welche Erfahrungen andere Länder in Bezug auf die Reformierung der Altersvorsorge gemacht haben. Ein Blick in diese Studie lohnt sich. Klar ist: Wir müssen diese wichtigen Fragen im Bereich der Altersvorsorge angehen.

## Gute Vorsorge ist durchgängig „

und im Sinne einer Gleichstellung keine Nachteile für bestimmte Altersgruppen bergen. So kommen wir an den Punkt, an dem darüber diskutiert werden muss, was dies kostet und wie dies finanzierbar ist – denn ein wachsender Bedarf bedeutet natürlich auch wachsende Kosten. Ob eine zusätzliche Pflegeversicherung benötigt wird und ob die Kosten einkommens- und altersabhängig sein sollen, gilt es herauszufinden. Auch gilt es, darauf zu achten, dass Pflege in den eigenen vier Wänden durch Angehörige den gleichen Stellenwert erhält wie ausserhäusliche Pflege. Die Stiftung Zukunft.li hat erst vor wenigen Tagen aufgezeigt, welche Erfahrungen andere Länder in Bezug auf die Reformierung der Altersvorsorge gemacht haben. Ein Blick in diese Studie lohnt sich. Klar ist: Wir müssen diese wichtigen Fragen im Bereich der Altersvorsorge angehen.



**Wolfgang Marxer**  
Stv. Landtagsabgeordneter der Freien Liste (FL)

Bei der Altersvorsorge geht es um drei Instrumente unseres Sozialsystems: AHV, Pensionskasse und private Ersparnisse. Aufgrund von Demografie und Kostenfolgen kommt hörbar der Ruf nach einer zusätzlichen Pflege-«Versicherung» hinzu.

Angesichts der Veränderungen, welche sich seit Einführung dieser Systeme in der demografischen Zusammensetzung und in der Arbeitswelt ergeben haben, ist eine Systemanpassung nur logisch. Generationengerechtigkeit ist ein Kernpunkt für eine breit mitgetragene Lösung. Damit gemeint ist die Finanzierbarkeit bzw. der Lastenausgleich zwischen den Generationen. Es geht auch um die Solidarität in unserer Gesellschaft – zwischen Jung und Alt, aber insbesondere zwischen Arm und Reich.

Bei der Revision der AHV wurde zur Sanierung des Staathaushaltes der Staatsbeitrag reduziert. Somit tragen ausgerechnet Menschen mit niedrigerem Einkommen die künftige Last der Finanzierung.

Der Mut für einen echten Systemumbau (Modelle zur Flexibilisierung des Pensionsalters, freiwillige Altersarbeit, Lebensarbeitszeit usw.) fehlt. Wird der Mittelstand bei künftigen Revisionen weiter ausgepresst, ohne dass neue resp. alte Steuern (Erbchaftssteuer, Couponssteuer) zur sozialen Absicherung generiert werden, ist ein politisches Scheitern absehbar.



**Peter Wachter**  
Stv. Landtagsabgeordneter der Unabhängigen (DU)

«Um die Generationengerechtigkeit sicherzustellen, werden wir Reformen im Bereich der Altersversorgung und Pflege benötigen», so der Erbprinz in seiner Rede zum Staatsfeiertag.

Mit der Generationengerechtigkeit ist das so eine Sache. Je nachdem, an welchem Ort des Lebensweges man steht, hat man darauf einen anderen Blick.

Aber er hat natürlich recht!

Die Gesundheitskosten explodieren geradezu, die Renten sind nicht sicher und die demografische Entwicklung lässt vermuten, dass in Zukunft immer mehr unserer älteren Mitbürgerinnen und -bürger auf Pflege angewiesen sein werden.

Trotzdem sollten wir uns Zeit lassen, die beste Lösung für unser Land zu finden. Eine verpflichtende Pflegeversicherung ist es mit Sicherheit nicht.